

Rainer Wendt, die Grünen und deren Angst vor der Wahrheit

Veröffentlicht am 13.05.2017 von JouWatch

Bekanntlich gehört Rainer Wendt zu den wenigen Funktionären bei der Polizei, der kein Problem damit hat, Wahrheiten, vor allen Dingen auch politisch unbequeme Wahrheiten ans Tageslicht zu bringen. Zum Beispiel beim Thema Ausländerkriminalität und Migrantengewalt.

Das ist den Grünen natürlich ein Dorn im Auge. Für sie ist es einfach unerträglich, dass der Bürger seinen klaren Kopf behält (oder wieder erlangt). Schließlich wendet sich jeder aufgeklärte Mensch automatisch von dieser ökologisch, reaktionären Partei mit Schaudern ab und jeder Wähler, der die Lügen und Täuschungen der Grünen erkennt, ist ein verlorener Wähler für diese deutsch-feindlichen Ideologen.



Foto: Rainer Wendt (über dts Nachrichtenagentur)

Und so ist die Aufregung in der linksgrünen Ecke wieder groß:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den umstrittenen Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, **Rainer Wendt**, als Sachverständigen für eine Bundestagsanhörung am 29. Mai benannt und damit Kritik ausgelöst. Dabei gehe es um einen von den Grünen eingebrachten Gesetzentwurf über die Schaffung eines unabhängigen Polizeibeauftragten, an den sich Bürger und Polizisten bei Problemen gleichermaßen wenden könnten, berichtet die „Berliner Zeitung“ (Ausgabe 13.05.2017). Ursprünglich hatte der Leiter der Rechtsabteilung der konkurrierenden Gewerkschaft der Polizei, Sascha Braun, für die Union als Sachverständiger auftreten sollen.

Mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Bundestags-Innenausschusses, Ansgar Heveling (CDU), vom 10. Mai benannte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer, nun aber Wendt für Braun nach. Die innenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Irene Mihalic, kritisierte dies. „*Herr Wendt ist eher ein lebendes Zeugnis dafür, dass wir dringend einen unabhängigen Polizeibeauftragten brauchen, an den Polizisten sich intern wenden können, um Missstände bekannt zu machen*“, sagte sie der „Berliner Zeitung“.

„*Als Sachverständiger zu einem Thema, bei dem es um nicht weniger geht als die Etablierung einer institutionellen Fehlerkultur, hat sich Herr Wendt durch seine Affären gleich mehrfach diskreditiert.*“ Die Unionsfraktion schein „nicht erkannt zu haben, dass die Mitnahmementalität“ des Gewerkschaftschefs „*dem Ansehen der Polizei insgesamt schadet*“. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Eva Högl, schloss sich der Kritik mit den Worten an: „*Es ist unsensibel und mutet*

seltsam an, dass die Union ausgerechnet Wendt als Sachverständigen vorschlägt. Bei diesem Thema reden wir ja über Fehlerkultur, Beschwerdemanagement und Führungsverantwortung. Nach dem Skandal um seine Bezüge hätte die Union besser eine Person ausgewählt, die über alle Zweifel erhaben ist.“ Mayer rechtfertigte die Einladung hingegen.

„Herr Wendt ist ein ausgewiesener Fachmann“, erklärte er der „Berliner Zeitung“. „Dass Ermittlungen gegen ihn laufen, hat damit überhaupt nichts zu tun.“ Und da die SPD mit Jörg Radek den stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei als Sachverständigen benannt habe, mache es keinen Sinn, dass die Union mit Sascha Braun einen weiteren GdP-Vertreter in den Ausschuss bitte.“ (dts)

Gut, dass es nicht mehr lange dauert, bis die Grünen ihren Denkmäler erhalten werden, denn auch für die Verteidigungsbereitschaft unseres Landes, sind die Grünen gefährlich:

„Die Grünen haben Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorgeworfen, Wehrmächts-Reminiszenzen in der Bundeswehr in ihrer Amtszeit nicht immer konsequent verfolgt zu haben. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen Agnieszka Brugger verwies in der „Bild“ (Samstag) darauf, dass die Ministerin vor drei Jahren nicht auf den Aufruf von Historikern und Opposition reagiert habe, die Kasernen-Namen der Bundeswehr zu überprüfen. „Auch das illustriert, warum ihre aktuelle Empörung für viele so inszeniert wirkt“, sagte Brugger.

„Die Ministerin hätte hier mit einer kleinen Maßnahme Jahre zuvor ein klares und unmissverständliches Zeichen senden können.“ Mehr als ein halbes Dutzend Bundeswehrkasernen sind nach Wehrmachtsgenerälen benannt. (dts)